

Baugenossenschaften sollen gefördert werden

Verwaltung wird Konzept erarbeiten – Keine Quote vorgeben

Regensburg. (bd) Mit ihrem Antrag, genossenschaftlichen Mietwohnungsbau zu fördern und damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, renne die CSU offene Türen ein, sagte Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer am Dienstag im Stadtplanungsausschuss. Das sei bereits im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden.

Die CSU hatte beantragt, bei der Vergabe größerer städtischer Grundstücke in Wohngebieten künftig 20 Prozent der Flächen an Genossenschaften für den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu vergeben, sofern diese sich verpflichten, für die Dauer von zehn Jahren nach Erstbezug die Mieten unter den Vergleichswerten des Regensburger Mietspiegels festzusetzen.

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum werde weiterhin knapp bleiben, sagte Stadträtin Dagmar

Schmidl (CSU). Es würden zwar viele Wohnungen errichtet, aber nur in geringem Maß in Preis- und Mietkategorien, die für Familien, Alleinerziehende und Durchschnitts- und Geringverdiener leistbar seien. Um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, müsse nach Auffassung der CSU-Fraktion insbesondere der genossenschaftliche Wohnungsbau in Regensburg gefördert werden.

Ihre Zustimmung zu diesem Antrag gaben alle Fraktionen. Klaus Rappert (SPD) sagte, es sei in der Vergangenheit bereits einiges getan worden. Die Mietpreisbremse sei eingeführt worden und eine Quote für den sozialen Wohnungsbau. Momentan stehe kein städtisches Grundstück zur Verfügung, das an eine Genossenschaft vergeben werden könne. Irmgard Freihoffer (Linke) sagte, man solle von Fall zu Fall entscheiden. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Margit Kunc, wandte ein, es könne nicht belegt

werden, dass es nur hochpreisige Wohnungen in Regensburg gebe. Zudem müsse überprüft werden, welche Genossenschaften sich in der Vergangenheit beworben hätten. Günter Riepl (Freie Wähler) sagte, die Stadt habe Genossenschaften immer eingeladen.

Viele Bau-Genossenschaften seien in den letzten Jahren finanziell nicht in der Lage gewesen, sich zu beteiligen, sagte Christa Meier (SPD). Jetzt habe der Bund „einen neuen Topf für Sozialwohnungen geöffnet“. Wichtig sei, dass die Stadt Kriterien formuliere, die von einer Genossenschaft erfüllt werden müssen. Einig waren sich die Stadträte darin, für die Quote, die an Genossenschaften vergeben wird, keinen bestimmten Wert vorzugeben. Außerdem soll die Dauer der Mietpreisbindung nicht festgesetzt werden. Bürgermeisterin Maltz-Schwarzfischer schlug vor, die Verwaltung zu beauftragen, ein Kon-

zept vorzulegen, wie Genossenschaften bei der Vergabe von Baugrund konkret gefördert werden können. Außerdem soll die Verwaltung Kriterien vorlegen, nach denen Genossenschaften ausgewählt werden. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende des Mieterbunds, Kurt Schindler, spricht von „schlechter Unterstützung“, die die Stadt den Baugenossenschaften in den letzten fünf Jahren gewährt habe. Die Genossenschaften, die bauen konnten, hätten sich immer durch eine besondere Auswahl ihrer Mieter ausgezeichnet. Die Genossenschaften seien aber die Einzigen, die wirklich bezahlbaren Wohnraum anbieten würden. In dem CSU-Antrag sieht Schindler einen guten Ansatz. Es reiche aber nicht aus, den Genossenschaften nur Baugrund zu geben. Sie müssten auch mit kommunalen Fördermitteln unterstützt werden.